



## Antrag

der Abgeordneten **Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

### Transparenzbericht zur Asylzuwanderung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Landtag über die Entwicklung und die Ergebnisse von Maßnahmen zur Eindämmung der Asylzuwanderung in Bayern bis auf weiteres monatlich fortlaufend zu unterrichten. Darin sollen u. a. enthalten sein:

- Daten zur Anzahl und zur örtlichen Lokalisation illegaler Grenzübertritte
- Informationen über durchgeführte sowie abgebrochene Abschiebungen und Rückweisungen
- Daten zur Auslastung der Asylunterkünfte
- Angaben zur Anzahl der in Bayern gestellten Asylerstanträge und der voraussichtlich erwartbaren monatlichen Kostensteigerung durch die im jeweiligen Monat zugewanderten Asylbewerber

### Begründung:

Seit über einem Jahr steigen die Zahlen der Asylzuwanderung rapide an. Illegale Grenzübertritte und professionelle Schleusungen nach Bayern sind seither wieder an der Tagesordnung. Insbesondere an österreichischen und tschechischen Grenzabschnitten reisen tausende Menschen unerlaubt nach Bayern ein, erzeugen ein erhöhtes Arbeitsaufkommen für die Einsatzkräfte vor Ort und belasten in vielen Fällen nachhaltig unser Sozialsystem und die öffentliche Ordnung unseres Landes. Bayern ist hiervon aufgrund seiner geografischen Lage besonders betroffen, jedoch handelt es sich dabei um ein bundesweites Problem. So stiegen nach Berichten der Bundespolizei die Zahlen der unerlaubten Grenzübertritte im gesamten Bundesgebiet im Januar 2023 um über 70 Prozent im Vergleich zum Vergleichsmonat des Vorjahres, seit 2021 haben sich die Zahlen sogar fast verdreifacht.

Diese Form der unkontrollierten Asylzuwanderung, wie wir sie in den letzten Monaten und Jahren erlebt haben, hat viele Kommunen über die zumutbare Grenze hinaus belastet und wirkt sich zunehmend negativ auf die öffentliche Ordnung und die innere Sicherheit in Bayern aus. Insbesondere die Unterbringung von Asylbewerbern sowie eine mangelnde Integrationsbereitschaft ist für viele Kommunen nicht mehr tragbar. Auch die Bevölkerung ächzt unter den Folgen der steigenden Asylzuwanderung. Sie leidet u. a. unter gesteigerter Gewalt von Asylbewerbern und Ausländern, unter inflationären Preisen, einem fragilen Arbeitsmarkt und einem kränkelnden Gesundheitssystem, das aufgrund der rapide gestiegenen Anzahl an ausländischen Leistungsbezieher zu kollabieren droht.

Die rasante Veränderung und die explosionsartigen Anstiege der Asylzuwanderung nach Bayern und Deutschland erfordern eine verstärkte Transparenz und den Austausch von Informationen zwischen der Staatsregierung und der Bevölkerung. Es ist

von großer Bedeutung, dass das örtliche Auftreten illegaler Grenzübertritte und die damit verbundenen Kosten durch die Asylzuwanderung offengelegt werden, ohne Zeitverzögerungen oder Verschleierungen. Eine regelmäßige Veröffentlichung von Fortschritten bei Abschiebungen und Rückweisungen sind ebenfalls von großer Bedeutung, da sie als eine Möglichkeit zur Minderung des Asylproblems in Bayern beitragen können. In diesem Zusammenhang sind monatlich bereitgestellte Daten zur Auslastung von Asylunterkünften in Bayern ebenfalls von gesteigertem Interesse.